Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 17,850.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 106. Montag den 16. April 1883. 77. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

**Der Schluß des Wochenmarktes während der Messen einschließlich der Vorwochen** wird in Beachtung bei uns eingegangener und von uns begründet befundener Vorstellungen Betheiligter bis auf Weiteres **auf 8 Uhr Abends** hiermit festgesetzt.

Leipzig, am 9. April 1883.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Harrwitz.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung der Pflasterarbeiten am
**Obstmarkt und am Königsplatz**
soll in 3 Accorden verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**„Pflasterarbeiten am Obstmarkt und am Königsplatz“**
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 14. April 1883.

**Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

### Bekanntmachung.

Die Herstellung der Trottoirlegungsarbeiten am Obstmarkt und am Königsplatz soll in 2 Accorden verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**„Trottoirarbeiten am Obstmarkt und Königsplatz“**
versehen ebendaselbst und zwar bis zum **23. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr** einzureichen.

Leipzig, am 14. April 1883.

**Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

### Bekanntmachung.

Die wegen der Umgestaltung des Königsplatzes auszuführenden Erdarbeiten sollen an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**„Erdarbeiten am Königsplatz“**
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 23. laufenden Monats Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 13. April 1883.

**Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbaudeputation.**

### Stockholzauction.

Donnerstag, den 19. April dieses Jahres, sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Schlage in Abtheilung 27a des **Burgauer Forstreviers,** in der Lindenauer Gottge, an der grünen Linie

circa 350 **klein gemachte Stockholzhaufen**
gegen **sofortige Baarzahlung** und unter den öffentlich im Termine ausgehangenen Bedingungen meistbietend verkauft werden.

**Zusammenkunft:** auf dem Schlage in der Lindenauer Gottge.

Leipzig, am 11. April 1883.

**Des Raths Forst-Deputation.**

### Wein-Auction.

**Dienstag, den 17. April 1883, Nachmittags 3 Uhr, sollen in dem Keller des Grundstücks Brühl Nr. 85 hier (Drei Schwanen) 15 Oxhoft französischer Rothwein,** und zwar 4 Oxhoft Ottes, 6 Oxhoft St. Seurin, 1 Oxhoft Château Mauvesin, 3 Oxhoft drei Moulins, 1 Oxhoft Haut Brion, an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 12. April 1883.

**Der Gerichtsvollzieher des königl. Amtsgerichts.**
Dürichen.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Botschaft des Kaisers an den Reichstag.

In der Sitzung des Reichstages am Sonnabend überbrachte der Finanzminister Scholz, wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, eine Botschaft des Kaisers. Der Wortlaut dieses wichtigen Schriftstücks ist folgender:

**Wir Wilhelm,** von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen &c., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben es jederzeit als eine der ersten von Uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Classen im ganzen Reiche dieselbe Fürsorge und Pflege zuzuwenden, welche Wir in treuer Fortsetzung der von Unserem in Gott ruhenden Vater zu Anfang dieses Jahrhunderts begründeten Reformen zu bethätigen suchten. Wir haben diese Pflicht Uns besonders gegenwärtig gehalten seit Erlaß des Socialisten-Gesetzes und schon damals Unsere Ueberzeugung kundgegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Maßregeln zur Unterdrückung und Abwehr staatsgefährlicher Umtriebe beschränken darf, sondern suchen muß, zur Heilung oder doch zur Milderung der durch das Strafrecht bekämpften Uebel Reformen einzuführen, welche das Wohl der Arbeiter zu fördern, die Lage derselben zu bessern und zu sichern geeignet sind. Wir haben dieser Ueberzeugung insbesondere in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg Unserer Sorge für Bestrebungen in dieser Richtung in Unserem Königreiche Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Classensteuerpflichtigen von dieser Abgabe an den Staat befreien zu können.

Dankbar für die einmüthige Unterstützung Unserer hohen Verbündeten, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen Wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerks so weit gediehen, daß dem Reichstage bei Beginn der jetzigen Session der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle in neuer, mit Rücksicht auf die früheren Verhandlungen umgearbeiteter Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gesetzentwurf zur Organisation des gewerblichen Kranken-Cassenwesens. Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlage mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche wie an der Hoffnung festhaltend, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen möge, ohne daß jene Vorlage in einer ihrem Zwecke entsprechenden, ihre Ziele sichernden und ihre Sanction als Gesetz ermöglichende Gestalt zur Annahme gelangt. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die ernste Arbeit, welche der Berathung des Krankencassengesetzes gewidmet worden ist, diesen Theil der Gesammtaufgabe bereits so weit gefördert hat, daß die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt Uns, daß die principiell wichtige Vorlage der Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden ist und daher auf baldige Durchberathung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann. Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, daß in der nächsten Session weitere Vorlagen in Bezug auf die Alters- und Invalidenversorgung zum gesetzlichen Abschluß gebracht werden könnten, völlig schwinden, wenn die Berathung des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 während der Wintersession auch noch Zeit und Kraft des Reichstags in Anspruch nehmen würde.

Wir haben es deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1884—1885 dem Reichstag jetzt von Neuem zur Beschlußnahme vorgelegt werde. Denn wenn die Vorlage über die Unfallversicherung, wie nach dem Stand der Bearbeitung zu befürchten steht, in der laufenden Frühjahrssession vom Reichstag nicht mehr berathen und festgestellt werden könnte, so würde durch die vorgängige Berathung des nächstjährigen Etats wenigstens für die Wintersession diejenige Freiheit von unaufschieblichen Geschäften gewonnen werden, welche erforderlich ist, um wirksame Reformen auf socialpolitischem Gebiet herbeizuführen. Die dazu erforderliche Zeit ist eine lange für die Empfindungen, mit welchen Wir in Unserem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe die in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 ausgesprochenen Intentionen praktische Bethätigung auch nur so weit erlangt haben, daß sie bei den Betheiligten volles Verständniß und in Folge dessen auch volles Vertrauen finden. Unsere kaiserliche Pflicht gebietet Uns aber, kein in Unserer Macht stehendes Mittel zu versäumen, um eine Besserung der Lage der Arbeiter und den Frieden der Berufsclassen unter einander zu fördern, so lange Gott Uns die Kraft dazu giebt. Darum wollen Wir dem Reichstag durch diese Unsere Botschaft in erneuter und vertrauensvoller Anrufung seines bewährten treuen Sinnes für Kaiser und Reich die baldige Erledigung der wichtigen bezeichneten Vorlagen ans Herz legen.

Gegeben Berlin, den 14. April 1883.

Gez. Wilhelm.
Gegengez. v. Bismarck.

### Leipzig, 16. April 1883.

* Aus Berlin wird uns vom 14. April geschrieben: Die kaiserliche Botschaft in Betreff des socialpolitischen Programms und der Arbeitseintheilung des Reichstags, welche heute zur Verlesung kam, hat begreiflicher Weise ein allgemeines und großes Aufsehen erregt, um so mehr, je unerwarteter sie gekommen. Der Reichstag hat es in richtigem Takt abgelehnt, sich alsbald in eine längere Besprechung der durch diese Botschaft angeregten Fragen einzulassen. Es kann auch im Augenblick natürlich noch nicht angegeben werden, wie sich die Parteien zu diesen Fragen stellen werden. Die ungewöhnlich feierliche Form dieser Verkündigung beweist, mit welchem Ernst und welcher Energie die Regierung an die Weiterführung und Erfüllung ihres socialpolitischen Programms zu gehen entschlossen ist, als dessen weiterer Bestandtheil jetzt die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter in nächste Nähe rückt. Aus der bisherigen Behandlung der socialpolitischen Vorlagen seitens des Reichstags und seiner Haltung zu denselben wird man nicht entnehmen können, daß er diesem Gegenstand geringeren Ernst und Eifer entgegenbringt als die Regierung. So weit es irgend ausführbar ist, wird die Mehrheit die Absichten der kaiserlichen Botschaft gewiß zu fördern sich bestreben.

* Freiherr von Maltzahn-Gültz beantragte in der Unfallversicherungscommission, der fünfundzwanzigprocentige Reichszuschuß solle fortfallen, dafür solle aber der Entschädigungsbeitrag der Unternehmer von sechzig auf achtzig Procent und der Beitrag der Betriebsgenossenschaft von zwanzig auf fünfundzwanzig Procent erhöht werden. Maltzahn-Gültz ersucht den Reichskanzler um Material zur Beurtheilung der Frage, ob die vorbezeichneten Verpflichteten die dauernde Tragung der ihnen auferlegten Last vermögen, oder ob es geboten erscheint, später einen Theil derselben auf die Reichscasse zu übernehmen. (Wiederholt.)

* In dem Befinden des **Fürsten Bismarck** ist, so meldet die „Tägl. Rundschau“, seit den letzten Tagen eine so merkliche Besserung eingetreten, daß man jetzt auf einen andauernden Bestand darin hofft. Der Reichskanzler zeigt auch wieder eine rege Schaffenskraft, und bei der wiederholten Aeußerung desselben, daß es seine Pflicht sei, den Verhandlungen des Reichstages beizuwohnen, kann man wohl seinem Erscheinen daselbst in naher Zeit entgegensehen.

* Die fortschrittlich-ultramontanen Wahlverbrüderungen scheinen immer mehr Mode zu werden. Nach einer Mittheilung der Berliner „Volksztg.“ werden auch die ultramontanen Wähler des Wahlkreises Landau-Neustadt, wie die in Dortmund, von der Aufstellung eines eigenen Candidaten abstehen und sofort für den fortschrittlichen Candidaten stimmen. Der ultramontane Vorspann am Triumphwagen der Fortschrittspartei ist recht bezeichnend für unsere Situation.

* Der Wirksamkeit des Bischofs von Trier, Dr. Korum, widmet ein liberales Blatt, die „Trierer Ztg.“, die folgenden ehrenden Bemerkungen: „Man merkt es überall in der Diöcese Trier, daß seit Jahr und Tag wieder friedlichere Verhältnisse zurückgekehrt sind. Und wenn auch die Menschen noch lange nicht eines Sinnes geworden sind, so treten doch Schroffheiten und Unebenheiten im persönlichen Verkehr nicht mehr so zu Tage, wie dies früher der Fall war. In die viele Jahre lang stark entzweiten Gemeinden ist wieder Ruhe, Friede und Einigkeit heimgekehrt, in dem ortsbürgerlichen Verkehr, wie auch in kirchlicher Hinsicht. An diesem schönen und segensreichen Friedenswerke hat nach unserer festen Ueberzeugung der erste Friedensbischof Preußens, Herr Dr. Korum zu Trier, das erste und das Hauptverdienst. Er hat mit seinem Hirtenstabe die oft wild auseinander gerathene Heerde wieder zusammengefügt und zur Beruhigung und Versöhnung der Gemüther hüben und drüben extra et intra muros viel beigetragen.“

* Aus **Schwerin** wird vom 14. April Nachmittags gemeldet, daß in dem Befinden des erkrankten Großherzogs eine nicht unbedeutende Fiebersteigerung in Folge beginnenden Mitleidens der linken Lunge eingetreten, daß aber die Entzündung der rechten Lunge nicht fortgeschritten sei.

* Aus **Elsaß-Lothringen** wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Das diesjährige Musterungsgeschäft hat vor einigen Tagen in den verschiedenen Kreisen von Elsaß-Lothringen begonnen und nimmt seinen regelmäßigen Verlauf. Fast ohne Ausnahme ziehen die jungen Leute aus den einzelnen Ortschaften in geschlossenen Abtheilungen, häufig unter Vorantragung einer deutschen Fahne, vor das Musterungslocal; an den Tagen der Musterung sieht man sodann die Angenommenen mit buntbebänderten Mützen und Hüten die Straßen passiren, wobei die deutschen Reichsfarben besonders bevorzugt sind. Dabei gehören Ausschreitungen irgend welcher Art zu den Seltenheiten. In Bezug auf die Zahl der vom Musterungsgeschäfte ohne Entschuldigung Ausbleibenden ergiebt sich etwa das gleiche Verhältniß, wie in Altdeutschland; von einer Scheu vor dem Militärdienst ist bei unseren jungen Leuten keine Rede mehr, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß in jedem Dorfe mehrere Reservisten oder Landwehrleute des deutschen Heeres vorhanden sind, welche durch ihre Berichte aus ihrer Militärzeit fast überall einen guten Einfluß auf den jungen Nachwuchs ausüben.

* Aus **Pest** wird vom 14. April gemeldet: Bei der heute im Abgeordnetenhause fortgesetzten Specialdebatte über die Mittelschulvorlage kam §. 71 zur Berathung, welcher bestimmt, daß Personen, die in fremden Staaten leben und nicht ungarische Bürger sind, oder ausländische Gesellschaften, Mittelschulen weder errichten noch unterstützen dürfen. Nachdem Weiß (Sachse) unter Berufung auf die geistlichen Orden, deren Obere im Auslande domiciliren, diese Bestimmung für unberechtigt erklärt hatte, lehnte das Haus den Paragraphen ab. Darauf wurde der Rest der Vorlage angenommen. Der Ministerpräsident beantwortete nächstem die Interpellation des Abg. Helfy über die Tripelallianz. Herr von Tisza erklärte, die Zeitungsmeldungen, daß ein austro-ungarisch-deutsch-italienisches Schutz- und Trutzbündniß, dessen Spitze gegen Frankreich gerichtet, und eine zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien abgeschlossene Vereinbarung wegen gegenseitiger Gebietsgarantie bestehe, seien in bestimmtester Weise von Mancini widerlegt. Er, Tisza, könne hinzufügen, daß es für ihn keinen Sinn haben würde, wenn Oesterreich-Ungarn einer Abmachung beiträte, welche feindlichen Gefühlen gegen Frankreich entspringe, mit welchem Oesterreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuße stehe und bleiben wolle. Die Aeußerungen Mancini's seien im Wesentlichen übereinstimmend mit Kalnoky's Mittheilungen in der ungarischen Delegation. Beide constatirten, daß Italien der conservativen Friedenspolitik Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sich angeschlossen habe und in diesem Geiste getreu mitwirke, die Freundschaft und das Einverständniß zwischen den drei Staaten im Interesse des friedlichen Zieles zu befestigen. Der Umstand, daß die drei europäischen Continentalmächte behufs Aufrechthaltung des Friedens zu einem freundschaftlichen Verhältniß gelangten, könne Jedermann nur beruhigen, zumal da dessen Spitze gegen Niemanden gerichtet sei. Beunruhigen könne dies nur eine solche Macht, welche entschlossen sei, den Frieden zu stören, eine solche Macht existire seines Wissens aber nicht. Das Unterhaus nahm die Beantwortung der Interpellation mit lebhaftem Beifall entgegen.

* Wie ein Privattelegramm aus **Paris** meldet, hat der Fregattencapitain Kergarader Paris verlassen und reist direct nach Hue als Ueberbringer eines Ultimatums an den König von Anam, von welchem unverzügliche Ausführung des Staatsvertrags von 1874 gefordert wird. Fünfzehn Kriegsschiffe werden in den Mittelmeerhäfen bereit gehalten, um nach Votirung der nöthigen Credite durch die Kammern sofort in Dienst gestellt zu werden.

* Während im übrigen Europa, speciell in Deutschland und Oesterreich, man bemüht ist, die Eisenbahnen in Staats-Verwaltung zu nehmen, macht in **Italien** sich eine entgegengesetzte Tendenz in Regierungskreisen geltend. Es ist dort die Verpachtung von Staatsbahnen an Privat-Betriebs-Gesellschaften geplant, über welche Frage es nun, wie aus Rom telegraphirt wird, im Ministerum zu einem förmlichen Conflict gekommen ist. Der Ministerpräsident Depretis und der Finanzminister Magliani haben sich nämlich für das obige Project, der Arbeitsminister Baccaria aber gegen dasselbe erklärt. Magliani begünstigte den Plan aus finanziellen Rücksichten, da er durch diese Verpachtung eine Summe von 300 Millionen Lire zu erhalten hofft. Der Conflict, so wird hinzugefügt, sei bereits acut. Voraussichtlich wird er mit einer Niederlage des Arbeitsministers endigen.

* Während in **Petersburg** hinter verschlossenen Thüren gegen die 19 Nihilisten verhandelt wird, welche an den in den letzten Jahren vorgefallenen Attentaten mitschuldig sind, scheint in **Moskau,** dem gegenwärtigen Hauptquartier des Nihilismus, ein neues Complot berathen worden zu sein. Ein in Krakau eingetroffener Moskauer Bericht meldet, daß die dortige Polizei am verflossenen Dienstag Kenntniß von einem geheimen Nihilisten-Conventikel erhalten hat. Als die Polizei und die Gendarmen in das betreffende Haus eindrangen, leisteten die Nihilisten großen Widerstand, wobei zwei Polizisten durch Revolverschüsse verwundet wurden. Mehrere Nihilisten wurden verhaftet. Dieselben sollen mit den in Petersburg Verhafteten in Verbindung stehen. Ueber den Proceß selbst ist wenig von Belang zu melden. Die Angeklagten sind meist geständig und ergehen sich in ihren Aussagen in längeren Auseinandersetzungen über die Ungesundheit der bestehenden Zustände, welche zur Revolution treibe. Am Mittwoch sprach Bogdanowitsch über die Endziele der terroristischen Partei. Seiner Ansicht nach sei der Revolverschuß der Wjera Sassulitsch auf den General Trepow der eigentliche Anstoß zur Entstehung der Partei gewesen. Das Gefühl der Genugthuung, daß sich eine Hand gegen die Gewaltthätigkeit der Regierungsorgane erhoben, förderte die Entwicklung der Anschauungen, welche den Grund zur Organisirung des Terrorismus legten. Die Untergrabung oder Vernichtung der Autorität der Regierung liege nicht in der Absicht der Terroristen, welche einzig und allein geordnete Rechtsverhältnisse zu schaffen wünschen. — Der Proceß dürfte noch in dieser Woche beendet werden und mehrere Todesurtheile zur Folge haben.

* Wie die Vereinigten Staaten sieht sich auch **Canada** veranlaßt, der starken Einwanderung chinesischer Arbeiter im Interesse der weißen Arbeiter, der öffentlichen Moral und der öffentlichen Gesundheit entgegenzutreten. Die Bill, welche im canadischen Parlamente demnächst zu dem Behufe eingebracht werden soll, um die Einwanderung von Chinesen in Columbia thunlichst zu beschränken, wird im Principe dem in Neu-Süd-Wales im Jahre 1881 gegen die Einwanderung der Chinesen erlassenen Gesetze entsprechen. Die hauptsächliche Bestimmung ist die, daß jeder Chinese bei seinem Eintritte in das Land eine Kopfsteuer von 50 Dollars zu entrichten hat, und daß kein Schiff eine größere Zahl von Chinesen bringen darf, als der registrirten Tonnenzahl des Schiffes bei dem Verhältniß von je einem Chinesen für je 100 Tonnen entspricht.

### Reichstag.

* **Berlin,** 14. April. Nach zahlreichen langen und ermüdenden Sitzungen hat der **Reichstag** die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle zu Ende geführt. Es war ein eigenartiges Schauspiel, wie um jeden einzelnen Paragraphen die klerikal-conservative und die liberale Hälfte mit höchster Anstrengung um den Sieg rangen und buntwechselnde Mehrheiten von winzigster Stimmenzahl bald nach der einen, bald nach der anderen Seite den Ausschlag gaben, die Unersprießlichkeit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages in helles Licht setzend. Im Ganzen kann man auf liberaler Seite mit dem Ergebniß dieser Zufallsabstimmungen noch wohl zufrieden sein. Es ist doch gelungen, an der Vorlage bezw. den Commissionsbeschlüssen eine Reihe werthvoller Milderungen anzubringen, die bedenklichsten und nachtheiligsten Bestimmungen zu streichen.

So ist es, um nur einige der wichtigsten Beschlüsse hervorzuheben, gelungen, den Kreis der der polizeilichen Genehmigung unterliegenden belustigenden Vorstellungen und Aufführungen einzuengen, die Ausdehnung der obrigkeitlichen Befugniß zur Untersagung gewisser Gewerbebetriebe auf Grund von „Unzuverlässigkeit“ der betreffenden Personen zu hintertreiben, die dem Colportagebuchhandel auferlegten und ihn fast vernichtenden Einschränkungen abzuwehren, die gegen den Hausirhandel und Wanderbetrieb und namentlich gegen die Handlungsreisenden gerichteten überaus belästigenden und herabwürdigenden Maßregeln erheblich einzuengen, endlich die Einführung der Arbeitsbücher abzulehnen. Mit diesen liberalen Erfolgen kann man immerhin zufrieden sein; die reactionäre Ausbeute auf Kosten der Freiheit des Gewerbes würde nach diesen Beschlüssen keine unmäßige sein. Immerhin bleiben noch Bestimmungen genug, gegen welche wir Bedenken haben, wenn wir andererseits auch manche einschränkende Maßregel für durchaus gerechtfertigt halten und so weit nicht gehen können, in jeder Verstärkung der polizeilichen Machtmittel gegen anerkannten überhandnehmenden Mißbrauch und Unfug eine Gefährdung des Rechtsstaats und eine Verkümmerung des großen Grundsatzes der Gewerbefreiheit zu erblicken. Die national-liberale Partei kann trotz der üblichen Hetze gegen sie mit Genugthuung auf ihre Haltung bei diesen Fragen blicken; sie hat redlich geholfen, die bedenklichsten und gefährlichsten Vorschläge abzuwehren, andererseits sich aber auch nicht abhalten lassen, dieser oder jener einschränkenden Maßregel zuzustimmen, wo thatsächliche Uebelstände eine schärfere Controle und Ueberwachung erforderten.

Die Uebertreibungen, welche in jeder nothwendigen Schranke eine Gefährdung des Rechtsstaats und die Errichtung der Polizeiwillkür erblicken, sind nur geeignet, einer viel weitergehenden Reaction vorzuarbeiten. Wenn wir trotz mancher bestehen bleibender Bedenken uns mit den Erfolgen zweiter Lesung leidlich zufrieden erklären können, so wissen wir freilich nicht, ob die dritte Lesung alle diese Beschlüsse gutheißen wird. Gebessert nach liberaler Auffassung wird bei der endgültigen Entscheidung schwerlich mehr etwas; wohl aber ist mancher liberale Erfolg in Gefahr, wieder umgestoßen zu werden. Die Parteien der Rechten werden alle Anstrengungen machen, ihre Reihen noch besser zu füllen, als es in der vergangenen Woche der Fall gewesen; auf der anderen Seite wird man auch erwarten dürfen, daß für die liberalen Parteien keine Verstärkung ausbleibt, die irgend noch heranzuziehen ist. Es wird sich voraussichtlich bei der dritten Lesung dasselbe Schauspiel wechselnder, unsicherer und verschwindend kleiner Mehrheiten wiederholen und wenn die Reaction nicht mehr davonträgt, als bei der zweiten Lesung, können wir nach Lage der Verhältnisse noch wohl zufrieden sein.